

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Telegr.-Adr.: Zeitung

erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1.— RM., frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Land- und Hauswirtschaft“, „Frauenwelt“, „Frühling“, „Rund um den Erdball“, „Unterhaltungsbeilage“. — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Anzeigen werden die sechspaltige 3 mm hohe (Beit-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. Beilagen kosten pro Seite 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmgebühr für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt am Main Nr. 20771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 41

Donnerstag den 3. April 1930

23. Jahrgang.

Das Thüringische Schulgesetz

in zweiter Lesung angenommen.

Der Gesetzgebungsausschuss des Thüringer Landes hat am 2. April in zweiter Lesung das Schulgesetz angenommen. Das Gesetz, das mit den Stimmen der Völkischen, mit Ausnahme der Deutschnationalen, die im Ausschuss nicht vertreten sind, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen wurde. Staatsminister Dr. Fiedler hat hierbei mit, daß er nicht beabsichtigt, vorerst an dem Zustand der Thüringischen Gewerkschaftsschule und ihrem Verlauf etwas zu ändern. Weiter wurden Mitteilungen über Verhandlungen zwischen Vertretern der Kirchenbehörden und der Verbandsvertreter über die Einführung des Schulgesetzes gemacht. In dem Gesetz soll auch der Not der Zeit und des Volkes berücksichtigt werden. Das Schulgesetz soll aber nicht obligatorisch eingeführt werden, sondern nur empfehlend. Jeder Gewerkschaftsschule soll dabei vernichtet werden. Man hofft, bis Dinn eine angemessene Form für das Gesetz zu finden.

Dormmüller über die Lage der Reichsbahn.

Einnahmeverlängerung um 100 Millionen in 3 Monaten.

Generaldirektor Dr. Dormmüller machte vor dem Ausschuss der Industrie und Handelskammern eine ausführliche Mitteilung über die Lage der Reichsbahn. Bei der Mittelung der Reparationsverpflichtungen vom Dawesplan auf den Vorjahresplan habe die Reichsbahn leicht eingegeben. Ein Minderungsplan der Selbständigkeit der Reichsbahn sei ausgeschlossen. Dr. Dormmüller kam dann auf den verhängnisvollen Einfluß der Arbeitslosigkeit und sozialen Einschränkungen zu sprechen. Er erörterte die Frage der bevorstehenden Tarifsteigerungen in Bezug auf den Personen- und den Güterverkehr. Der Teil des Personverkehrs, der bei der letzten Tarifsteigerung erfaßt wurde, soll zunächst nicht weiter belastet werden. Sehr eingehend beschäftigte sich der Redner mit den Ausgaben der Reichsbahn. Die Ausgaben für das Personal sind von der Gründung der Reichsbahn an bis jetzt um rund 750 Millionen RM. im Jahre gestiegen, während die Einnahmen um gleichen Zeitraum nur um 700 Millionen stiegen. Die Aufrechterhaltung der sog. Leistungszugänge erfordert Dr. Dormmüller für unbedingt erforderlich. Die Reichsbahn hat das Recht, in jedem Jahre 65 Millionen RM. für Leistungszugänge auszugeben, ist aber bis jetzt noch niemals über 27 Millionen RM. hinausgegangen. Im Schluss seiner Rede betonte er sich zu dem Grundgedanken, unter allen Umständen die Finanzwirtschaft erhalten zu erhalten. Der Ernst der Lage erlaßt ihm daran, daß in den ersten drei Monaten des Jahres 1930 die Betriebsverluste dauernd um mehr als 100 Millionen im Bereich zum Vorjahre

Regelung der Arbeitslosenversicherung

nach vor der Sommerpause.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, sind die Regierungsparteien in Uebereinstimmung mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald und Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer dahin übereingekommen, daß die endgültige Regelung der Arbeitslosenversicherung nach vor der Sommerpause des Reichstages erledigt wird.

Doch noch Einigung in London?

England nicht Frankreichs Arbeitsforderungen nach. „Daily Herald“ meldet: Bei den Gesprächen zwischen Henderson und Briand ist eine Formel gefunden worden, die geeignet zu sein scheint, Frankreich die von ihm gewünschte Sicherheit zu geben und es ihm zu ermöglichen, einen „Rück-Mächte-Pakt“ abzuschließen. Es verlautet, daß die Nationen angedacht dieser neuen Lage bereit sei, das unrichtige Wort „Rück-Mächte“ zu streichen und es zu ersetzen durch „Rück-Mächte“. Die diplomatische Korrespondenz des „Daily Telegraph“ dagegen äußert lebhaften Bedauern über die Wandlung der Lage. Er behauptet, daß es Briand und Henderson tunge sei, MacDonald für die französische Auslieferung von Arbeitslosen zu gewinnen. Es würde eine ernste Wendung in der britischen Außenpolitik bedeuten.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Afrika.

370000 Arbeitslose in den Vereinigten Staaten.

Die Arbeitslage in den Vereinigten Staaten von Nordamerika schildert Präsident Green vor der American Federation of Labour vor dem mit 4 Unterindianen beauftragten Senatsausschuss sehr düster. Nach den Schätzungen Greens waren im Februar rund 370000 Arbeitslose, der Verlust über 100 Millionen. Green sagt, die Herrschaft müsse für die Arbeitslosen sorgen, sonst habe die Revolution auf dem Wege. Sie müsse entweder mehr Arbeitsmöglichkeiten schaffen oder große Unternehmungen zahlen. Seit Oktober sei die Arbeitslosigkeit infolge der schlechten Geschäftslage von 11 Prozent auf 22 Prozent gestiegen. Im Februar 1930 lag sie etwa 25 Prozent arbeitslos an. Green behauptet, die Vorschläge des Senats von Bauern und dementsprechend eine Kommission zu schaffen, die den Plan studieren solle, landwirtschaftliche Arbeiten in Angriff zu nehmen.

Das Programm Schieles.

Auskömmliche Durchschnittspreise. — Keine Preisübersteigerung für die Verbraucher.

Für Mittwoch ist eine Vertreterversammlung des Reichslandbundes nach Berlin einberufen worden. Der Tagung wird Schieles Agrar- und Disprogramm bereits ausführlich vorliegen. Das Disprogramm des Ernährungsministers sieht vor, die Preise autonom durch Verordnung jeweils in derjenigen Höhe festzusetzen, die erforderlich ist, um den bereits im Zollgesetz der alten Regierung enthaltenen Jahresdurchschnittspreisen von 230 und 260 RM. pro Tonne Roggen und Weizen gerecht zu werden. Aber auch der Wert der Einkünfte soll nach den Erfordernissen der jeweiligen Marktlage durch Verordnung festgesetzt werden. Dabei soll der Einfuhrschutzwert nicht immer gleich hoch sein, sondern Schiele verlangt hier absolute Freiheit, immer mit dem praktischen Ziel der Sicherung der Marktpreise.

Wenn diese Maßnahmen auf die Dauer nicht ausreichen sollten, sind auch innerwirtschaftliche Maßnahmen vorgesehen, die eine wesentliche Stärkung des Roggenkontinums herbeiführen sollen werden. Für die Durchführung des Maismonopols werden die Geschäftspunkte maßgebend sein die Schiele in der letzten Agrarabrede im Reichstag zum Ausdruck gebracht hat. Von besonderer Bedeutung ist die bereits gedachte Verwendung der beim Maismonopol anfallenden Mittel und eventuell noch gewisser anderer Zollanfälle zur Marktzuführung, Marktreinigung und Absatzförderung. Diese Maßnahmen sind bereits praktisch in Angriff genommen und sollen nicht nur auf Getreide, sondern grundsätzlich auf alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse angewendet werden, insbesondere auf Kartoffeln und Kartoffelabfälle.

Auch für die Verhaltungung der Rasse für Schweine und Schweißfleisch soll wie bei den Getreidefällen die Vollanwendung zu geschahet werden, daß ein Mindestpreis von 75 RM. für den Zentner Lebendgewicht für Schweine und Schweißfleisch und die Verwendung gewisser Zollanfälle zur Verhaltung des inneren Marktes vorgeseien. Zur Sicherung der besonders notwendigen Rinderwirtschaft ist die Produktion überflüssiger Einfuhr beabsichtigt. Der Paragraph 12 des Gleichschaffengesetzes soll zum Schutz der deutschen Wirtschaft wieder hergestell werden. Auch für die Milchwirtschaft sind Maßnahmen besonderer Art auf handelspolitischem und innerwirtschaftlichem Gebiet geplant bzw. schon eingeleitet. Das Programm beschränkt sich auf Maßnahmen, die sofort verwirklicht werden können. Es werden noch andere Maßnahmen notwendig sein, die aber erst nach handelspolitischer Verhandlung in Angriff wirksam gemacht werden können. Schieles Programm erstreckt sich für den Erzeuger auskömmliche Durchschnittspreise und will den Verbraucher vor Preisübersteigerungen schützen.

Das Disprogramm sieht den Erlaß eines Gesetzes über Vergleichsverfahren bei landwirtschaftlichen Betrieben vor, das im Falle von Zwangsversteigerungen vor der Einteilung der Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung oder Maßnahmen von Zwangsversteigerung über das bemittelte Vermögen ein außergerichtliches Vergleichsverfahren ermöglicht, nachteillos in Verbindung mit einem gewissen Moratorium. Weiter sind Maßnahmen zur Steuer- und Zinsenkung sowie der damit verbundene Umwandlung vorgesehen. Diese Vermögensmaßnahmen sollen von den Provinzial- und kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften gemeinsam mit den bereits durch das Schielesche Disprogramm geschaffenen Kreditanstalten durchgeführt werden. Für diesen Zweck hat die Regierung besondere und hinreichende Mittel zur Verfügung gestellt.

Demokratische Bedenken.

In einer Betrachtung über die Erklärung der deutschen Reichsregierung schreibt der demokratische Zeitungsdienst u. a.: Wenn die Demokraten diese Regierung fest arbeiten lassen, so ist das allerdings an ganz bestimmte Voraussetzungen gebunden, u. a. an die Voraussetzung, daß kein Mißbrauch mit dem Artikel 48 getrieben wird. Wenn überhaupt, so darf dieser Artikel nur streng im Sinne der Verfassung angewandt werden, nämlich nur zur Beseitigung unmittelbarer Notstände.

Basische Besorgnisse.

Die offizielle Bayerische Volkspartei-Korrespondenz beurteilt die programmatische Erklärung des Reichstages zusammenfassend dahin, daß es sich bei dem Programm der neuen Regierung um keines Programm handle, das im Reichstag bisher keine Mehrheit finden konnte und das auch von der Bayerischen Volkspartei abgelehnt worden sei und zwar nicht etwa nur wegen der für sie nicht tragbaren Restrukturierungsmaßnahmen, sondern wegen seines Gesamtinhalts, den man nicht für ausreichend hielt, eine wirtschaftliche Sanierung der öffentlichen Finanzwirtschaft in Deutschland in die Wege zu leiten. Pflicht und Aufgabe der deutschen Regierung sei es, Deutschland aus den Fesseln und Verbunden eines Reparationsmechanismus allmählich zu befreien, der einer friedlichen Konsolidierung der europäischen Verhältnisse hindernd im Wege ließe.

Die Haltung der Deutschnationalen.

Nach einer Mitteilung der „D. N. Z.“ besteht die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion proklamierte „volle Einmütigkeit“ darin, daß verläßt werden

soll, die befristete Erfüllung bestimmter Forderungen von der Regierung zu verlangen. In der Regierungserklärung werde eine ungenügende Präzision und die Fassung des außenpolitischen Teiles bemängelt. Nach der Gesamtheit des Regierungsprogramms sollte man nach dem Blatt trotzdem annehmen, daß die Deutschnationalen diesem Kabinett mindestens zunächst das Arbeitsvermögen ermöglichen.

Nach einer weiteren Meldung wurde folgende Lösung vorgeschlagen: Die Deutschnationalen sollen einen Antrag einbringen, der dahin geht, daß der Reichstag die Erklärung der Regierung zur Kenntnis nimmt und über alle anderen Anträge hinweg zur Tagesordnung schreitet. Damit wären dann alle Mißtrauensanträge erledigt. Für diese Lösung sind Hunsberg und seine Anhänger zunächst noch nicht gewonnen. Zur Begründung des Antrages soll in der Debatte ausdrücklich erklärt werden, daß er kein Vertrauensvotum irgendwelcher Art für das Kabinett bedeute, sondern daß man der Regierung nur die Möglichkeit geben wolle, zu arbeiten, vor allem auf agrarpolitischem Gebiet, und daß man keine Bedenken habe, Minister Schiele diese Hauptaufgabe der deutschen Politik in Angriff nehmen zu lassen. Gelingt es den Anhängern Schieles nicht, die deutschnationalen Fraktion zu dieser Lösung zu bewegen, so soll der Antrag, über alle anderen Anträge zur Tagesordnung zu schreiten, von den Regierungsparteien eingebracht und von den Deutschnationalen unterstützt werden.

Nach der Kanzlerrede.

Starker Eindruck der Regierungserklärung.

Die Erklärung, die Reichskanzler Dr. Brüning im Reichstag abgab, hat in den Kreisen der Regierungsparteien und darüber hinaus starken Eindruck gemacht. Der Inhalt der Kanzlererklärung bewegte sich in den Bahnen, die man erwartet hatte. Allerdings wird im Reichstag besonders bemerkt, daß die Drohung mit der Auflösung sogar zweimal ausgesprochen wird, jedoch sie in der Öffentlichkeit nicht zu wünschen übrig läßt. Besonders starken Eindruck machte auch die Hervorhebung der Maßnahmen, die die Reichsregierung für die Landwirtschaft und den Fien ergreifen will, um damit gleichzeitig auch dem Arbeitslosenproblem von dieser Seite her zuzukommen.

Am Reichstag wird naturgemäß allgemein die Frage erörtert, welche Entwicklung die nächsten Tage bringen werden. Entscheidend dafür ist die Stellung der deutschnationalen Fraktion zum Mißtrauensvotum, das seine Begründung enthält und damit der gesamten Opposition an sich die Zustimmung ermöglicht. Trotzdem kommt in den Gesprächen in der Wandelhalle überwiegend eine für die Regierung günstige Auffassung zum Ausdruck. Man glaubt, daß ein großer Teil der deutschnationalen Fraktion nach dieser Regierungserklärung das Mißtrauensvotum zum mindesten nicht mitmacht. Wie die Verhältnisse eigentlich liegen, kommt rechnerisch aber immer noch ein Misstrauen für die Regierung heraus, und man muß deshalb abwarten, ob der Optimismus des ersten Eindrucks der Kanzlerrede berechtigt ist. Wenn das Mißtrauensvotum abgelehnt wird, wird die Regierung zunächst die Erklärung der Finanzgesetze fordern, die dem Reichstag bereits vorliegen. Da sich für eine parlamentarische Mehrheit findet, weiß noch niemand, das Kabinett würde im negativen Falle den Ermächtigungspapargraphen anwenden. Damit bliebe allerdings auch bei Ablehnung des Mißtrauensvotums das Damoklesschwert der Auflösung weiter über dem Reichstag.

Schlüssig ist aus der Regierungserklärung noch der außenpolitische Teil hervorzuheben. Die Ankündigung einer organischen Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik bedeutet keine Einschränkung des alten Dr. Stresemann bereits 1927 angewandten Pat. Der Schwerpunkt des außenpolitischen Teiles der Erklärung liegt in der Betonung der totalen Durchführung der Verträge. Damit wird bestätigt, daß auch das Kabinett Brüning hinter dem politischen Handelsvertrag steht.

Die Berliner Presse zu Brüning's Programm.

Am allgemeinen freundliche Aufnahme.

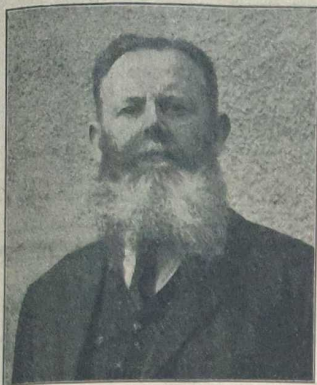
Die Regierungserklärung des Kabinetts Brüning findet in der Berliner Presse im allgemeinen eine recht freundliche Aufnahme. Nur die Dramen des rechten Flügels der Deutschnationalen Volkspartei sowie die sozialdemokratische und die kommunistische Presse verhalten sich ablehnend.

Die „Germania“ erklärt u. a.: Der Wille zur Arbeit und Regierung unter allen Umständen war das Leitmotiv der Regierungserklärung. Es handelt sich um die Frage, ob jetzt endlich, wo es fast zu spät wird, die Arbeit an der finanziellen und wirtschaftlichen Gesundung des Reiches mit aller Kraft in Angriff genommen wird. Die Reichsregierung wird ihre Pflicht tun und die Fülle unausführbarer Maßnahmen vor den Augen des Volkes und Staates vor seinen Augen rückwärtig.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 3. April 1930.

Zum Amtsantritt von Bürgermeister Stein



Mit dem 5. April sind die Geschicke unseres Städtchens in die Hände eines neuen Mannes gelegt. Der Beigeordnete Stein wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Dezember 1929 mit Stimmenmehrheit zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt. Das neue Oberhaupt ist uns kein Fremder. Durch seine 10jährige Tätigkeit als Beigeordneter ist er mit den kommunalen Angelegenheiten und der Verwaltung der Stadt vertraut und eng verbunden. Viele Beschlässe im Magistrat hat er zum Wohle unseres Gemeinwesens beraten, beschließen und ausführen helfen.

Seiner Tatkraft ist vor allem die Errichtung der Siedlung „Eigene Scholle“ zu verdanken, ein Werk, dessen Ausführung vor 10 Jahren einen ganzen Mann erforderte. So können wir von ihm sagen, daß er schon vieles für das Wohl unserer Stadt getan hat und daß er das Bestreben zu seinem wichtigen Amte mitbringt. Wir wollen ihm heute noch keine Vorwurfshorizonte für seine fernere Tätigkeit überreichen. Auch er wird die Geschicke unserer Zeit zu betämpfen haben und gehen müssen, daß er, wie wir hoffen, allen Anforderungen gewachsen ist. Unser Wunsch ist, daß es seiner kraftvollen Persönlichkeit gelingen möge, das Vertrauen der ihm anvertrauten gesamten Spangenberg-Bevölkerung bald zu gewinnen und daß seine Arbeit von reichem Erfolg gekrönt sein möge. Gewiß wird er auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen, aber er ist der Mann, der durch seine Ruhe und durch seinen praktischen Sinn auch diese meistern wird. Das hat zur Genüge die Erbauung der Siedlung „Eigene Scholle“ bewiesen.

In diesem Sinne entbieten wir ihm zu seinem Amtsantritt unseren besonderen Gruß und Glückwunsch!

Ueber den Lebenslauf des neuen Bürgermeisters sei folgendes mitgeteilt: Geboren am 20. Januar 1878 in Breitenbach am Herzberg, als Sohn des Försters Stein, besuchte er die Volksschule in Bischhausen, Kr. Eschwege. In der Oberförsterei Bischhausen und bei einer forstlichen Waldvermessungskommission erhielt er seine erste Ausbildung. Beim 11. Jägerbataillon in Marburg leistete er seine Militärdienstzeit ab und bereitete sich dort in den dem Jäger-Bataillon angegliederten forstlichen Lehrgängen weiter für den Staatsförsterberuf vor. Dann war er in den Oberförstereien Nentershausen, Knau i. Th., Großenlinder und Fulda längere Jahre als Förster und Forstföhrer tätig und kam am 1. September 1915 in gleicher Stellung an die Oberförsterei Spangenberg. Während des Krieges verwaltete er die beiden Forstföhrerstellen Spangenberg und Stözingen. Nach dem Kriege beschäftigte er sich eingehend mit kommunalpolitischen Fragen und nahm Verbindungen mit bedeutenden Persönlichkeiten des kommunalen und politischen Lebens und staatlichen und kommunalen Körperschaften auf, Verbindungen, die sich gewiß zum Wohle unseres Städtchens auswirken werden. Er wurde Kreistags-

abgeordneter, Kreisratsmitglied bzw. Kreisdeputierter. Seit dem Jahre 1920 hat er Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der Hess. Heimat und Heimstätte. Auf dem Gebiet des Siedlungswesens hat er sich reiche Kenntnisse erworben und sein Rat wurde von vielen Siedlungsgesellschaften Preußens eingeholt und beachtet. Dem Verein Preuß. Staatsförstereireise Kassel war er seit der Gründung ein tatkräftiger Vorstehender.

Wegen seiner Wahl zum Bürgermeister mußte Herr Stein seine Entlassung aus dem Staatsdienste nehmen. 38 Jahre lang hat er dem Staate treu gedient, davon allein 25 Jahre im Verwaltungsdienst auf dem Oberförstereibüro. Die nachgesuchte Entlassung wurde ihm durch nachstehendes Schreiben erteilt:

„Dem Forstföhrer Heinrich Stein wird die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste erteilt. Für seine dem Staate in treuer Pflichterfüllung geleisteten Dienste wird ihm die Anerkennung und der Dank der Staatsregierung hierdurch ausgesprochen.“

Kassel, den 1. April 1930. Regierung, gez. Mann.

Am Sonnabend, den 29. März fand seine Verabschiedung aus seiner Amtsstelle in Spangenberg durch Oberförster Reinhard statt. Die Beamten der Oberförsterei waren sämtlich anwesend. Herr Oberförster Reinhard feierte die dienstlichen Fähigkeiten des Scheidenden und seine außergewöhnliche Arbeitskraft. Er hob das gute Verhältnis zwischen ihm und Herrn Stein hervor und wünschte zum Schluß, daß auch dieses gute Einvernehmen in Zukunft in Steins neuer Stelle aufrecht erhalten bleiben möge.

Der Verein Preuß. Staatsförstereireise bereitete seinem scheidenden Mitgliede und Vorstehenden eine schlichte, eindrucksvolle Abschiedsfeier im Gasthaus „Jeppelein“ in Kassel. Förster und Forstföhrer hielten die Abschiedsreden. Der Wegzug von Herrn Stein, da er immer mit selbstloser Hingabe und mit großen persönlichen Opfern für den Verein gewirkt habe. Die Arbeit von Stein in Vorträgen und Artikeln in den Fachzeitschriften hätten stets das größte Interesse bei seinen Berufskollegen und in der Öffentlichkeit erweckt und auch bei den Vereinen der höheren Forstbeamten und den Beamten in verantwortungsvollen Stellen der Forstverwaltung im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Anerkennung und größte Beachtung gefunden. In seinem Kollegenkreis bedauerte man daher seinen Abschied ganz außerordentlich.

Mit dem 1. April gab Herr Stein auch seine Tätigkeit für das Alters- und Fürsorgeheim Elbersdorf auf. In einem Schreiben vom 24. März ds. Js. erkennt der Herr Landrat des Kreises Meschede diese Mitarbeit mit folgenden Worten an:

„Ich möchte die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, Ihrer großen Verdienste, die Sie sich um das Alters- und Fürsorgeheim Elbersdorf erworben haben, zu gedenken und Ihnen für Ihre selbstlose Tätigkeit als Vorstehender des Kreisausschusses meinen besten Dank auszusprechen.“

So wird man der Tätigkeit unseres neuen Bürgermeisters als Führer unseres Gemeinwesens mit dem größten Vertrauen entgegensehen können und es wird im Interesse der Stadt liegen, daß die gesamte Bürgerschaft mit uns dem neuen Stadtoberhaupt die nötige Mitarbeit bereitwilligst zur Verfügung stellt.

△ Gottesdienst. Morgen abend 8 Uhr spricht in der hiesigen Stadtkirche Missionar Schmuck aus Hamburg über das Thema: „Ist Gott die Liebe?“ Der Psalmsänger d. s. Christlichen Vereins junger Männer F. seine Mitwirkung zugelegt.

4 Das Gewerbeaufsichtsamt Eschwege hat sich jetzt in Kassel, Bismarckstraße 8, 1. Stock, die Bezeichnung „Gewerbeaufsichtsamt Kassel“ führt.

× Öffentlicher Vortrag. Im Saal „Goldenen Löwen“ zu Spangenberg hält am Sonntag, den 6. April, 15.30 Uhr der durch seine Planung der Neugliederungsarbeiten weit über den heimatländischen Horizont hinaus bekannte Architekt Fritz Stückelmann im Auftrag des Hessischen Volksbundes einen Lichtbildvortrag über „Deutsche und Hessische Sorgen“. Bekanntlich erhebt der Hessische Volksbund, der bereits 1918 auf den Plan trat, in zielbewusster Aufklärungsarbeit, auf dem Boden der Verfassung stehend, die Neugliederung des Deutschen Reiches auf räumlich-geographischer und wirtschaftsgeographischer Grund-

lage. Er fordert, unabhängig von Interessen- und Klassenpolitik, die Abgrenzung der Belange der Reichseinheit, eine Gliederung in reichsunmittelbare und gleichberechtigte Länder unter Ausschluß jeglicher Vormacht- oder Sonderrechte. Der Redner wird von der Heimat ausgehen und zunächst in einer Reihe neuer — teilweise erstmalig öffentlich geäußert — Lichtbilder das Wesen der Ueberorganisation darstellen, das unseren kranken Volkstörper heute mit unenträglichem Lasten belädt. Neu wird sein, daß Stückelmann in den Einzelorganisationen der Verwaltungsbezirke den alten, d. h. heutigen Zustand einem neuen, ererbten gegenüberstellt und somit ein in vielen Fällen verblüffendes Zerbild von Fehlorganisation und Wunschplan — zeichnet, das Tatsachen und Möglichkeit entspricht. Von der historischen Entwicklung Hessens ausgehend, wird die heutige Grenzführung, die Möglichkeit der Einstellung bei der Neuordnung des Reiches, die Eigenart des Raumes Kassel (im weiteren Sinne), die Verkehrs- und Berufsorganisation, die Justizverwaltung, die Elektroversorgung usw. behandelt werden. In einer Zeit der schweren Not für Volksgemeinschaft, Heimat und alle Schaffenden können wir nur zum Besuch und ernsthaftester Prüfung all jener Veranlassungen raten, die über den Meinungsfreiheit der Parteien hinaus das uns alle Einende der Volksgemeinschaft vorantreiben und Wege weisen, die dem Aufbau dienen sollen. In diesem Sinne erwarten wir auch einen zahlreichen Besuch des Stückelmann Vortrages.

— **Keine Mieterhöhung am 1. April.** Vor einiger Zeit war aus Kassel gemeldet worden, daß zum 1. April mit einer Erhöhung der Miete für Altmietungen um 10 Prozent, also auf 130 Prozent der Friedensmiete, zu rechnen sei. Die Botschaft hat sich nicht verwirklicht. Es ist am 1. April eine Mieterpreissteigerung nicht eingetreten.

— **Eine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten** in Kassel betr. Verkehrsregeln, Zufahrtstellen und Aufnahmen sowie Ueberführen der Leichen vom 20. März 1930 enthält das Amtsblatt Nr. 12 der Regierung Weinhausen. Am Sonntag Morgen wurde auf dem Mittelbahnsteig des hiesigen Bahnhofs der in den über 100 Jahren stehende Bahnhofsbeamte der Strecke Weinhausen — Gießen, Oberpostkammer Rudolf Eisenacher aus Gießen, in schwerer Verletzung zu Tode aufgefunden. Soweit sich feststellen ließ, wollte sich Eisenacher vom Mittelbahnsteig, also von der verbotenen Seite, an den Bahnwagen des von ihm zur Rückfahrt nach Gießen zu benutzenden Zuges begeben und ist dabei von einem Schnellzug angefahren und auf den Bahnsteig geschleudert worden, wo er mit inneren Verletzungen und einem Schädelbruch liegen blieb. Man schaffte den Schwerverletzten, der den Schnellzug infolge des Nebels nicht wahrgenommen hatte, zum Krankenhause. Eisenacher starb jedoch schon auf dem Transport. Er hinterließ eine Frau und drei Kinder.

— **Um benachbarten Bernbach hat sich eine in den vierziger Jahren stehende Witwe, Mutter von drei Kindern, in einem Unfall von leichter Unmuthuna im Keller erhängt.**

Montabaur. Nachdem Pfarrer Nidling in Kleinsaffen das ihm in Auftrag gegebene Heftchen zur Jagdtaufschiebung der Stadt Montabaur am 21. bis 23. Juni 1930 fertiggestellt hat, ist die Verteilung der Hefchen durch eine besondere Kommission inzwischen erfolgt.

Aus dem Taunus. In der Nähe der Rappertburg ging ein angesehener Keller auf einen Waldarbeiter los und feste am Berast zu, daß er schließlich auf einen Baum kletterte. Der Mann blieb solange auf dem Ast, bis sich der Baum entfernte hatte. Später wurde das Tier von einem Förster getötet.

Unfall. A. M. Einen eigenartigen Unfall erlitt ein gebürtiger blinder Klavierhändler, der sich mit seiner Frau an einer Tandemfahrt befand. Der Blinde saß auf dem Rücksitz, während seine Frau das Rad lenkte. In der Nähe von Wilsb. beim Bergabfahren brach die Tandemrad des Tandems, und beide Fahrer stürzten. Während der Blinde nur einen Unterarm im Oberarm und geringe Kopfverletzungen davontrug, erlitt seine Frau eine Gehirnerschütterung sowie zahlreiche Verletzungen im Gesicht. Die Verletzten wurden von der Rettungswache Rechenheim ins Städtische Krankenhaus abbracht.

Die sparsame Hausfrau verwendet Maggi's Würze,



dem schon wenige Tropfen machen dünne Suppen, Fleischbrühe, Gemüse und Soßen sofort wohl-schmeckend und bekömmlich. Vorteilhaftester Be-zug in großen plombierten Originalflaschen zu RM. 6.50.

Verlangen Sie ausdrücklich Maggi's Würze.

Schneller - besser - billiger

geht das Spülen und Putzen in jedem Haushalt mit IMI, Henkel's neuem Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel.

IMI erleichtert Ihnen alle Spül- und Putzarbeit. Überraschend schnell und gründlich löst es die dicksten Fettschichten und den hartnäckigsten Schmutz, ohne die Gegenstände anzugreifen. Strahlender Glanz und appetitliche Frische verleiht es allen Haus- und Küchengeräten.

IMI ist überaus sparsam im Gebrauch. 1 Eßlöffel auf 10 Liter heißes Wasser = 1 Eimer genügt schon, um diese fabelhafte Reinigungskraft zu erzeugen. IMI kostet nur 25 Pfennige und ist überall erhältlich.

Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät aller Art

Hergestellt in den Persilwerken



1 Eßlöffel IMI auf 10 Liter = 1 EIMER HEISSES WASSER

Die Stromschnelle derleihte aber diesem Abgill ein rasches Ende. Sie fornte dafür, daß der Meln-Robinson sein Zelt abtrach, und hielt ihn folang in fächerem Verwehen, bis sie ihn dem verheiratheten Vater übergeben konnte. Der Student sollte demnach ins Examen heien, hatte aber vor dieser Prozedur eine feharke Abreue, daß er ez vorzun, eine Zeilung zu verfeinden.

Verordnungs- des Konzele im März. Die Kurve der Verordnungs- in Deutschland hat im Monat März eine Steilheit von 100. Nach Ermittlung des Stammlandes und des Stammlandes wurde im März d. J. 112 neue Konzele und 662 eröffnete Verordnungs- gegeben, wobei die neuen Verordnungs- abwechselnd in die Konzele aufgenommen außer Anlauf abließen und. Daß im März d. J. insgesamt 1834 Aufordnungs- gegeben worden gegen 1718 im Februar d. J. und 1629 im März d. J.

[illegible]

... 1. 4. 15

Gift,

Wir beabsichtigen unseren
Garten am Liebenbad
sofort
zu verpachten
Engelh. Kurzrock

Bruteter
 weiß am. Leghorn, schweren Schläges
 Durchschnittsertrag 180—220 Eier.
 Fallnesterkontrolle.
 Als Winterleger allen schweren
 Rassen vorzuziehen, gibt laufend ab
 Geflügelhof
August Jakob, Aue.

stellvert. Stadtv. Borst.